

Proletarier aller Länder unterbietet Euch?

C.9
Thema:
Arbeit global

von ZAK Tübingen

Wir wollen nicht verhehlen, dass wir uns bei unseren Diskussionen immer wieder in Widersprüchen verheddern, in denen eindeutige Stellungnahmen schwer fallen. In diesem Kapitel* wollen wir einige dieser Widersprüche ansprechen.

Einerseits haben Menschen in der Dritten Welt und Osteuropa nach jahrhundertelanger Ausplünderung jedes Recht, am westeuropäischen Wohlstandskuchen teilzuhaben. Wer es schafft, in die Bundesrepublik zu gelangen, kommt dabei freilich noch lange nicht in die „Konditorei“, sondern muss oft schon froh sein, ein bisschen hartes Brot verdienen zu können.

Andererseits untergraben die neuen ZuwanderInnen mit ihrer Bereitschaft zu niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen die bisherigen Standards. Dies stellt den bisherigen Lebensstandard der Einheimischen in Frage. Eine rücksichtslose Konkurrenz „aller gegen alle“ auf dem Arbeitsmarkt führt zu einer endlosen Spirale nach unten, bei der am Ende alle Lohnabhängigen verlieren und nur das Kapital gewinnt.

Deutsche Facharbeiter gegen tschechische Pendlers?

Als Flüchtlings-UnterstützerInnen verteidigen wir das Recht des Pendlers, in die BRD zu kommen und hier am Wohlstand teilzuhaben. Und, wenn es nun mal nicht anders geht, auch für nur fünf Mark die Stunde zu arbeiten und damit die teurere Konkurrenz zu unterbieten. Warum soll ein tschechischer Pendlers weniger Recht auf Einfamilienhaus, Neuwagen und Satellitenfernsehen haben als sein deutscher Kollege?

Als Gewerkschaftsmitglieder protestieren wir dagegen: Niemand hat das Recht, auf eigene Faust kollektiv erkämpfte Errungenschaften (z. B. Tariflohn) zu unterlaufen. Das öffnet der Willkür der Unternehmer Tür und Tor. Wir verteidigen die mühsam erkämpfte Absicherung des Oberpfälzer Facharbeiters, dessen Angst vor dem sozialen Abstieg sich nicht einfach als „Wohlstands-Chauvinismus“ abtun lässt (wie es manche Anti-RassistInnen tun). Allerdings rechtfertigt diese Angst in keinem Fall rassistische Angriffe gegen ausländische Vertragsarbeiter.

In Wirklichkeit gibt es vielfältige Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppen. Die herkömmlichen Trennungen nach Herkunft, Geschlecht, Alter, Qualifikation etc. werden ständig neu (re-)produziert oder weiter ausdifferenziert. Von diesen Spaltungen profitiert nicht nur das Kapital, auch unter den Beschäftigten gibt es NutznießerInnen und VerliererInnen. Ein Beispiel: Weil ImmigrantInnen die dreckigsten und am niedrigsten bezahlten Arbeitsplätze im Betrieb übernehmen, können ihre deutschen KollegInnen in besser bezahlte (VorarbeiterInnen-)Jobs aufsteigen.

Freilich sind nicht immer Deutsche die Privilegierten und AusländerInnen die Benachteiligten. Ein langjähriger türkischer Daimler-Arbeiter gehört zur abgesicherten einheimischen Kernbelegschaft. Dagegen findet seine deutsche Nachbarin nur Jobs als geringfügig Beschäftigte.

RAZZIA

Bullen, Arbeitsamt und Gewerkschaft kontrollieren Baustellen, Gaststätten und Wohnheime. Täglich werden hunderte unserer Kollegen und Kolleginnen abgeführt – nicht, weil sie ihren Chef erschlagen haben, nein, sie haben für ihn gearbeitet!

Razzien greifen nicht die Unternehmer an, sondern die Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie machen es möglich, daß die Bosse uns weniger zahlen und uns mehr antreiben: Denn wer ständig Angst vor Geldstrafe, Knast oder sogar Abschiebung haben muß, kann schlechter für höhere Löhne und bessere Bedingungen kämpfen.

Lassen wir uns durch die Razzien nicht in »Legale« und »Illegale« spalten!



NIX! DA!

Wöchentliche Vorauszahlung der Löhne!
Mehr Lohn – weniger Streik!
Gemeinsam sind wir stark.



Konkurrenz „ganz unten“

In der Regel (außer auf dem Bau) sind es kaum deutsche FacharbeiterInnen, die mit neuen ImmigrantInnen konkurrieren. Denn für Flüchtlinge und Illegale und auch für viele hochqualifizierte ImmigrantInnen bleibt meist nur der „unqualifizierte“ Arbeitsmarkt. Die eigentliche Konkurrenz findet „weiter unten“ statt: Die „Neuen“ konkurrieren vor allem mit bereits „etablierten“ ImmigrantInnen und prekär beschäftigten Deutschen. Hier wirkt die Spirale nach unten am brutalsten.

Langfristig werden auch die traditionellen „Kernbelegschaften“ bedroht, wenn in den „unteren“ Sektoren die Standards immer weiter abbröckeln, wenn es immer selbstverständlicher wird, dass Leute ohne geregelte Arbeitszeit, Sozialversicherung und Urlaubsanspruch malochen. Auch der Daimler-Facharbeiter mit 13. Monatsgehalt und Kündigungsschutz hat eine Drohung vor Augen: den indischen Mechaniker, der in einer Schwitzbude in Bombay oder in Böblingen zum Hungerlohn die Zuliefer-Produktion übernehmen kann.

Bei allen gegenläufigen Interessen haben beide Gruppen doch auch Gemeinsamkeiten. Wenn es nach dem Kapital geht, dann sollen alle ihre Arbeitskraft immer billiger verkaufen, dann sind die sozialen Sicherungen für alle zu großzügig. Wenn die Löhne der (relativ gut bezahlten) FacharbeiterInnen sinken, bekommen das früher oder später auch ihre KollegInnen am unteren Ende der Hierarchie zu spüren. Wenn soziale Sicherungen „unten“ abgebaut werden, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch „oben“ gestrichen wird. Jeder Einbruch an einer bestimmten Stelle schwächt die Gesamtheit der abhängig Beschäftigten.

In vielen Fällen wäre schon viel gewonnen, wenn die Betroffenen „nur“ ihr gesetzliches Recht bekämen. Die meisten Flüchtlinge haben von Tarifverträgen u.s.w. aber keine Ahnung. Und selbst diejenigen, die Bescheid wissen, trauen sich angesichts der Kräfteverhältnisse nur selten, ihre Rechte einzufordern.

Mindeststandards für alle?

Ein erster Schritt könnte sein, überall gewisse Mindeststandards durchzusetzen und so zu verhindern, dass sich die Spirale bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen immer weiter nach unten dreht. Allerdings dürfen höhere Mindeststandards nicht dazu führen, (potentielle) MigrantInnen noch weiter aus der „Wohlstandsfestung Westeuropa“ auszugrenzen.

Um gesetzliche Mindeststandards durchzusetzen, braucht man nicht unbedingt Razzien. Beispiel USA: Dort kann jeder (auch „Illegale“) vor Gericht gegen Verstöße gegen das Mindestlohngesetz oder gegen Arbeitsschutz-Bestimmungen klagen – ohne dass Justiz oder Polizei den Aufenthaltsstatus der KlägerInnen ermitteln. Wenn dagegen in der BRD „Illegale“ vor Gericht gehen, können sie nicht sicher sein, ob ihre Daten an die Ausländerbehörden übermittelt werden.

Innerhalb eines Betriebes braucht es die Solidarität der besser gestellten und abgesicherten KollegInnen. Wenn alle Beschäftigten tatkräftig protestieren würden, wenn ihre „illegalen“ KollegInnen (bzw. Flüchtlinge / Werksvertrags- / Saison-Arbeiter) um ihren Lohn geprellt werden, wäre diese Praxis schnell vorbei.

„Überbetrieblich“ ist die Solidarität der Gewerkschaften gefragt. Um die Über-Ausbeutung von Flüchtlingen und MigrantInnen zumindest einzuschränken, müssen die Gewerkschaften ihre Rechtsberatung (in den entsprechenden Sprachen!!) und ihren Rechtsschutz ausdehnen. Auch andere gesellschaftliche Institutionen und soziale Einrichtungen sind hier gefragt.

Die skrupellose Ausbeutung von Flüchtlingen und MigrantInnen wäre kaum möglich, wenn alle Menschen hier den gleichen rechtlichen Status hätten.

Anregung

Unter www.kanak-attak.de gibt es Texte und Hinweise einer Legalisierungskampagne, die auch die Bedeutung von Rechten und die Funktion von Rechtlosigkeit thematisieren.



Fragen:

- Wie wichtig ist der Rechtsstatus für die Arbeitssituation?
- Welche Veränderungen könnte die EU-Osterweiterung bringen?